

Zeitschrift:	Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber:	Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band:	78 (2007)
Heft:	5
Artikel:	Initiant Peter Wehrli zum Referendum gegen die 5. IVG-Revision : "Wir streben eine grundsätzliche Reform an"
Autor:	Steiner, Barbara / Wehrli, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-805035

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Initiant Peter Wehrli zum Referendum gegen die 5. IVG-Revision

«Wir streben eine grundsätzliche Reform an»

■ Barbara Steiner

Peter Wehrli, Geschäftsleiter des Zentrums für Selbstbestimmtes Leben (ZSL) Zürich, appelliert an die Politiker, Gräben zu überwinden und die Integration Behinderter gemeinsam voranzutreiben – mit griffigeren Massnahmen als heute geplant.

■ Herr Wehrli, Sie bekämpfen die 5. IVG-Revision an vorderster Front. Was erhoffen Sie sich, wenn das Volk am 17. Juni die Vorlage ablehnt?
 Peter Wehrli: Das Abstimmungsresultat wird uns zeigen, wie weit sich in der Bevölkerung schon die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Menschen mit Behinderung integriert werden müssen. Für unsere Arbeit spielt es keine grosse Rolle, ob ein Ja oder ein Nein resultiert. So oder so müssen wir für grundlegende Reformen kämpfen. Schlussendlich kann Integration nur zusammen mit uns Betroffenen erreicht werden. Weil wir sie leben müssen. Wir wissen, wie die heutigen Gesetze Integration verhindern.

■ Sie fordern tiefer greifende Veränderungen, als sie die 5. IVG-Revision bringen würde?

Wehrli: Wir streben eine grundsätzliche Reform an. So ist unter anderem der falsche, weil eindimensionale Begriff «invalid» (das Wort stammt aus dem Latein und bedeutet «unwert», Anmerkung der Redaktion) aus dem Wortschatz zu streichen. Die Diagnose einer schweren Beeinträchtigung erlaubt keine brauchbare Prognose

über die Arbeitsfähigkeit eines Menschen. Der oberste Berater des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton zum Beispiel lebt seit seiner Kinderlähmung vor 30 Jahren in der «Eisernen Lunge». In England hatte ein ausgewiesener Sozialwissenschaftler mit schwerer zerebraler Lähmung ein hohes Amt im Mitarbeiterstab von Premierminister Tony Blair inne. Menschen als «invalid» abzustempeln, ist nicht nur beleidigend und entwürdigend, sondern auch kontraproduktiv: Es zementiert die Vorstellung, dass Menschen mit Behinderung «falsch» und nutzlos sind. Dabei können sie durchaus produktiv sein, wenn ihre Umgebung ihre Fähigkeiten unterstützt. Die Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit (ICF) bietet die Grundlage für einen besseren, mehrdimensionalen Behinderungsbegriff.

■ Bislang wurden Menschen mit Behinderung zu wenig in die Gesetzgebung mit einbezogen?

Wehrli: Der Irrglaube, Menschen mit Behinderung seien nicht in der Lage, Entscheidungen über ihr eigenes Wohl zu fällen, sitzt ganz tief in den Köpfen und hat auch zur Folge, dass sie zu wenig in demokratische Prozesse mit einbezogen werden.

■ Dann muss in den Köpfen etwas geschehen, bevor die Gesetze verbessert werden können.

Wehrli: Genau. Das Referendum ermöglicht es uns, die wichtigen

Fragen rund um Behinderung und Integration in der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Es muss auch in der Schweiz normal werden, dass in den Schulklassen Kinder mit Behinderung sitzen und dass Menschen im Rollstuhl im Einkaufszentrum unterwegs sind und das Tram benutzen. Wir werden sehen, wie die Abstimmung ausgeht: Vielleicht ist die Gesellschaft heute noch nicht reif genug für eine wirkliche Reform. Aber es ist normal, dass emanzipationsbewegungen mehrere Anläufe und einen langen Atem brauchen. Das war beim Frauenstimmrecht ja nicht anders.

■ Die 5. IVG-Revision enthält keinerlei unterstützungswürdigen Ansätze?

Wehrli: Gute Absichten und schöne neue Etiketten. Geworben wird etwa mit der Früherkennung. Aber es ist Späterkennung, weil das Problem erst erfasst wird, wenn die betroffene Person schon wochenlang ausgefallen ist. Außerdem wird hier noch mehr Verantwortung von den Arbeitgebern zur IV hin verlagert. Heute sind sie verantwortlich für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter. Sie müssten ein Krankheitsmanagement aufbauen, das greift, lange bevor jemand wochenlang nicht zur Arbeit erscheint. Mit «Integrationsmassnahmen», von denen niemand so recht weiß, wie sie aussehen, sollen die Menschen dann wieder zurechtgebogen werden für ein Arbeitsumfeld, dass wahrscheinlich mit Ursache dafür ist, dass sie überhaupt krank wurden.

■ Vielleicht geht es ihnen als Lohnempfänger trotzdem besser als mit einer IV-Rente.

Wehrli: Wenn sie wieder Lohnempfänger würden! Aber im Gesetz fehlen Instrumente, um die Integrationseffekte der -massnahmen zu prüfen. Wenn man Bürgerinnen und Bürger zu Massnahmen zwingt, dann muss doch der Beweis erbracht werden, dass diese den Betroffenen helfen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Die Krankenkassen bezahlen auch nur Medikamente, deren Wirksamkeit erwiesen ist. Leider ist es aber im Behindertenwesen üblich, dass Millionen ausgegeben werden, um «etwas Gutes» für Behinderte zu tun, ohne die angeblichen Effekte je belegen zu müssen. So werden beispielsweise geschützte Werkstätten finanziert, ohne je nachzuweisen, dass sich Behinderte auf diesem Weg in die normale Arbeitswelt integrieren werden.

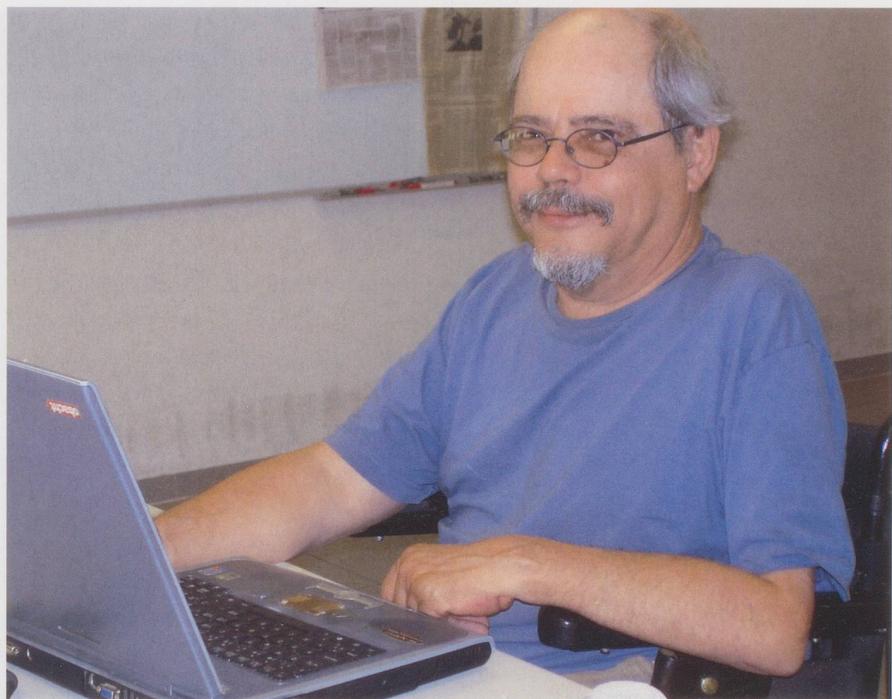
■ Die 5. IVG-Revision will Anreize schaffen für Arbeitgeber, vermehrt Menschen mit Behinderung einzustellen.

Wehrli: Eben nicht. Arbeitgeber sind zu keinerlei Leistung verpflichtet – können aber ihrerseits noch Entschädigungen bekommen für «Umtriebe» die sie mit Behinderten haben, sogar wenn sie sie gleich wieder entlassen. Damit Integration funktioniert, müssen alle gesellschaftlichen Kräfte verpflichtet werden, sich daran zu beteiligen. Wie in den USA mit Erfolg erprobt, müsste es auch in der Schweiz ein Gesetz geben, das Arbeitgeber verpflichtet, das Zumutbare vorzukehren, um Behinderte nicht zu benachteiligen. Besteht auf Grund der Mitarbeiterzahlen der Verdacht, dass eine Firma Mitarbeiter/innen benachteiligt, können sich Betroffene an eine Kommission wenden, die untersucht und nötigenfalls eine Klage einreicht.

■ Um eine IV bemühen sich angeblich auch Personen, die nicht arbeiten wollen.

Wehrli: In unserer Gesellschaft ist Leistung der Schlüssel zur Anerkennung. Es fällt mir schwer zu glauben, dass jemand, der reelle Chancen hat, einmal auf einen grünen Zweig zu kommen, diesen Schlüssel leichtfertig aus der Hand gibt. Natürlich gibt es immer Leute, welche ein System arglistig auszunutzen versuchen. Das sind wohl meist Menschen, die keine Möglichkeit sehen, ihre Existenz auf

Die Massnahmen, die vorgeblich gegen die «Scheininvaliden» gerichtet sind, treffen in Wirklichkeit genau die echten Behinderten, denen verschiedene Leistungen gekürzt werden. Mit dem «Scheininvaliden»-Vorwurf lenkt die SVP ab von ihrer eigenen Verantwortung – sie hat sich immer gegen Gleichberechtigung der Behinderten gewehrt – und legitimiert gleichzeitig noch mehr Diskriminierung.



«In der Politik ist es eine Frage des Willens, ob Geld für etwas vorhanden ist oder nicht. Wenn man etwas will, schafft man auch die Mittel dafür – zum Beispiel für Fussballstadien oder neue Panzer.»

Fotos: bas

ehrlichem Weg sicherzustellen. Dann sind wohl 1500 Franken IV-Monatsrente immer noch besser als gar nichts. Allerdings hat bereits die 4. IVG-Revision dagegen einen wirksamen Filter eingebaut.

■ Wie stark lenkt die Diskussion über «Scheininvaliden» von Ihren Anliegen ab?

Wehrli: Den Opfern der Ausgrenzung wird die Schuld zugeschoben, während die Täter sich als Opfer inszenieren.

■ Es ist eine bunt gemischte Truppe, die sich gegen die 5. IVG-Revision wehrt.

Wehrli: Wir waren uns von Anfang an bewusst, dass man aus verschiedenen Standpunkten, von rechts bis links gute Gründe hat, gegen diese Revision zu sein. Bei jedem Referendum kommen verschiedene Kräfte zueinander. Unsere Anliegen sind aber weder «links» noch «rechts». Im Gegenteil: Das Hickhack zwischen SP und SVP verhindert echte Lösungen. Die

Integration der Behinderten ist eine grosse Aufgabe, die das gesamte Volk gemeinsam anpacken muss.

■ *Wie interpretieren Sie den Umstand, dass der Nationalrat sich nicht auf eine Zusatzfinanzierung für die IV einigen konnte?*

Wehrli: Beim Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats handelte es sich um einen banalen Erpressungsversuch. Es ging darum, beim Volk den Eindruck zu erwecken, als sei eine Lösung für die Finanzierung des Schuldenbergs gefunden, wenn es der IVG-Revision zustimmt. Dabei war immer klar, dass weder SP noch SVP eine gemeinsame Lösung unterstützen.

■ *Wer soll Ihres Erachtens für die Schulden der IV geradestehen?*

Wehrli: In der Politik ist es eine Frage des Willens, ob Geld für etwas vorhanden ist oder nicht. Wenn man etwas will, schafft man auch die Mittel dafür – zum Beispiel für Fussballstadien oder neue Panzer. In der Verfassung ist im Übrigen unmissverständlich geregelt, dass der Bund die eine Hälfte der Kosten der IV zu tragen hat und Kantone und Gemeinden die andere.

Alle anderen Sozialversicherungen sind in den letzten Jahren den veränderten Risiken angepasst worden. Obwohl das Risiko einer Behinderung ständig stieg, hat der Bund die Finanzierung der IV aber seit den 70er Jahren nie angepasst. Der Schuldenberg konnte nur entstehen, weil Bundesrat und Parlament den Verfassungsauftrag nicht wahrgenommen haben. So hat man die IV in massive Schulden laufen lassen.

■ *Weshalb sollten sie so etwas tun?*

Wehrli: Um Druck ausüben und die Leistungen kürzen zu können. Wenn man «Invalid» nur als unproduktive Last betrachtet, verlangt die Logik, diese Last einfach möglichst niedrig zu halten – das heißt Behinderte möglichst billig zu entsorgen. Nur geht die Rechnung halt so nicht auf. Mit den Behinderten wird ähnlich umgegangen wie seinerzeit mit dem Abfall: Lange deponierte man diesen irgendwo am Waldrand. Dort sah ihn niemand. Irgendwann hat man dann gemerkt, dass dieses Handeln teurere Folgeschäden nach sich zieht und es günstiger gewesen wäre, sich von Anfang an ernsthaft mit der Problematik auseinander zu setzen und Ressourcen klüger

zu nutzen. Wie beim Abfall hat sich auch im Behindertenbereich eine Entsorgungsindustrie aufgebaut. Sie lebt davon, dass Menschen mit Behinderung ausgegrenzt werden. In diese Industrie fließt heute sehr viel Geld. Jetzt ist hoffentlich der Punkt erreicht, an dem die Gesellschaft erkennt, dass wir so nicht weiterkutschieren können.

■ *Das findet die SVP auch und will deshalb sparen.*

Wehrli: Unsere Position gleicht in einigen Punkten tatsächlich jener der SVP, aber natürlich mit einer ganz anderen Stoßrichtung. Die SVP greift ja oft ein tatsächlich existierendes Problem auf und dreht es dann sofort so auf den Kopf, dass alle anderen, nur sie selber nicht dafür geradestehen müssen. Aber die SVP ist für die Notlage der IV mitverantwortlich, weil sie jahrelang die Integrations- und Gleichstellungsbemühungen der Behinderten bekämpft hat.

■ *Also hat das rechte Lager die Misere verursacht?*

Wehrli: Einseitige Schuldzuweisungen sind fehl am Platz. Die Linke hat das Spiel mitgespielt. Vorab mit ihrer Unterstützung ist eine Industrie aufgebaut worden, die sich – irgendwo auch zu Recht – um die Behinderten kümmert, welche die Gesellschaft ausschliesst. Anstatt jedoch die Aussonderungsmechanismen wahrzunehmen und zu bekämpfen, hat man sich in der Rolle der «Abfallentsorgungsspezialisten» eingerichtet. Man redete zwar von Integration, baute aber immer mehr Heime und Sonderlösungen. Dabei über Kosten zu reden, war verpönt. Aber irgendwann kommt in der Politik immer die Rechnung, und dann sind neue Lösungen gefragt.

■ *Sie vermissen in der Politik Visionen?*

Wehrli: Auf der rechten Seite gibt es die Vision einer Rückkehr in die gute alte Albert-Anker-Zeit, in der rechte Männer

Selbsthilfegruppe initiierte Referendum

Das Zentrum für Selbstbestimmtes Leben wurde 1996 von Menschen mit Behinderung gegründet und versteht sich als Teil der «Independent Living»-Bewegung. Die Mitglieder dieser Bewegung betrachten Behinderung in erster Linie als politisches Problem: die Ausgrenzung von anders funktionierenden Menschen. Ziel des ZSL ist die Gleichstellung Behindter und der Kampf gegen die Diskriminierung. Mit nur 2500 Franken in der Kasse lancierte das ZSL das Referendum gegen die 5. IVG-Revision, über die nun am 17. Juni abgestimmt wird. Hinter das Referendum stellten sich unter anderem die Grünen, einige Gewerkschaften, zahlreiche Behinderten-Selbsthilfeorganisationen und später auch die SP. Kritisiert wird unter anderem, das Früherkennungssystem basiere auf Denunziation, das Arztgeheimnis werde aufgeweicht, leistungsbeeinträchtigte Arbeitnehmende könnten wegen der restriktiven Definition der Invalidität das Recht auf Rente verlieren und in die Fürsorge abgeschoben werden, während die Arbeitgebenden nicht verpflichtet sind, Menschen mit Behinderung anzustellen.

Weitere Informationen: www.ivg-referendum.ch

(bas)

die Welt regierten – mit Prügel, wenn jemand nicht gehorchen wollte. Auf der linken Seite hat man sich bis heute an die Idee gehalten, dass der Staat alle Probleme regeln soll, indem er sie an bezahlte Fachleute delegiert. Das eine wie das andere kommt einem Davonrennen vor der gesellschaftlichen Verantwortung gleich.

■ *Wie sieht Ihre Vision aus?*

ein sehr wichtiger Schlüssel zur Teilnahme. Deshalb dürfen Schulen nicht länger von einer Elite für eine Elite geplant werden. In die Projektierung müssen auch Menschen mit Behinderung mit einbezogen werden.

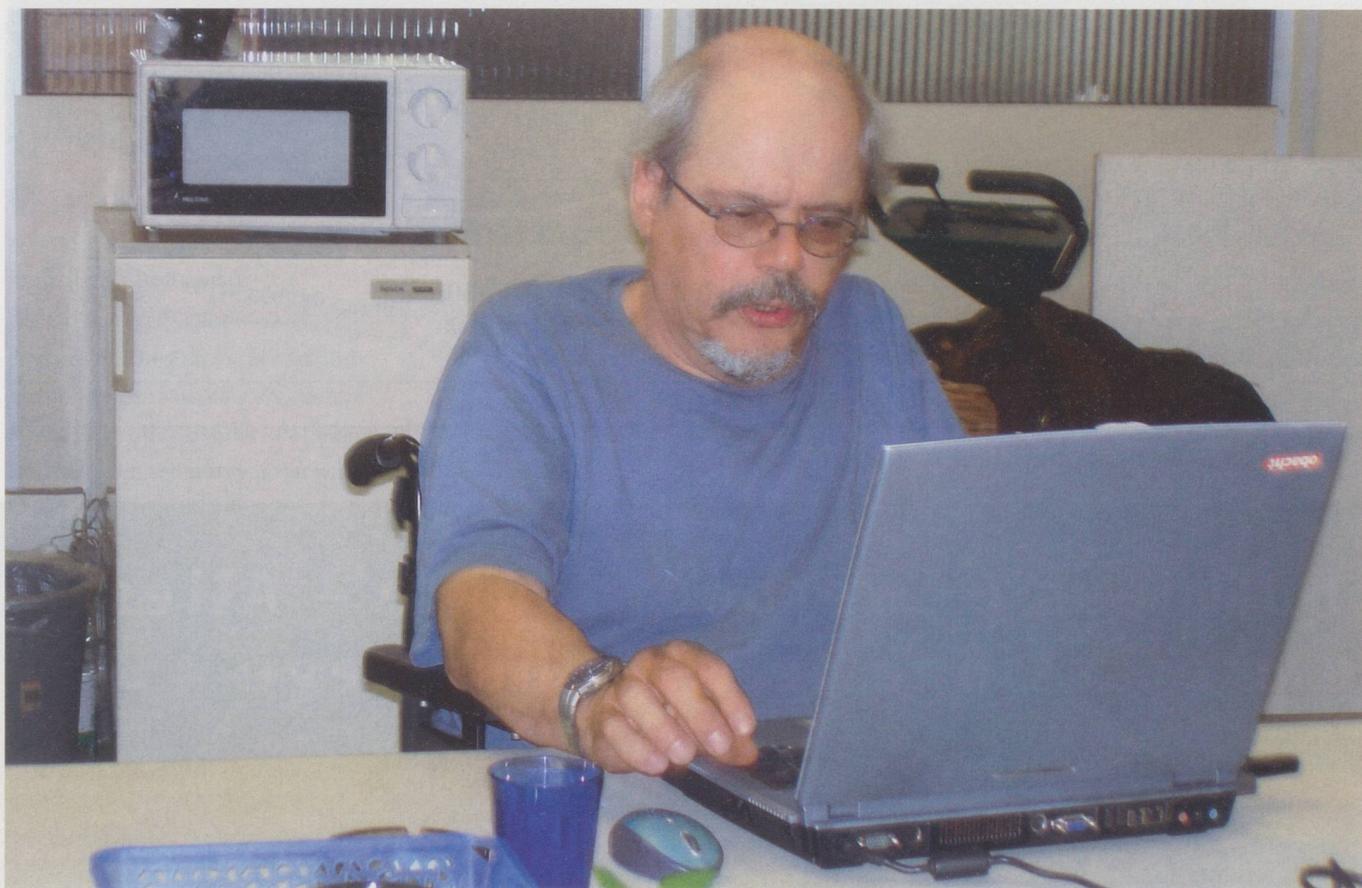
■ *Die NFA setzt auf die Integration von Kindern mit Behinderung.*

Wehrli: Ja, die NFA bewirkt genau das, was wir vom ZSL vorausgesehen haben.

klasse. Jetzt, wo dank NFA dieser falsche Anreiz wegfällt, wird nach günstigeren Lösungen gesucht. Spardruck kann durchaus förderlich für die Integration sein.

■ *Lassen sich tatsächlich 100 Prozent der Menschen mit Behinderung integrieren?*

Wehrli: Dieses Argument ist wie eine Litanei immer wieder zu hören, wenn



**«Mit den Behinderten wird ähnlich umgegangen wie seinerzeit mit dem Abfall:
Lange deponierte man diesen irgendwo am Waldrand.
Dort sah ihn niemand.»**

Wehrli: Wir müssen es allen Menschen ermöglichen, so wie sie sind, an dieser Gesellschaft teilzuhaben, sie mitzugestalten und Verantwortung zu tragen. Wir müssen die Menschen aktiv mit einbeziehen und Mittel für die Integration zur Verfügung stellen. Behinderung entsteht dort, wo jemand ausgesperrt wird. Zum Beispiel ist der Zugang zur Ressource Bildung heute

Wahrscheinlich waren sich nur wenige unter den bürgerlichen Befürwortern bewusst, dass sie die Verantwortung für Kinder mit Behinderung wieder dorthin delegiert, wo die Segregation stattfindet. Als ehemaliger Schulgemeinderat habe ich selber erlebt, dass jedes Kind, das die Schule an die IV schließen konnte, weniger kostete als ein unbehindertes Kind in der Regel-

es darum geht, einer Gruppe von Menschen Gleichberechtigung zu verweigern. So wurde auch vor der Einführung des Frauenstimmrechts immer wieder die Frage aufgeworfen, ob wirklich alle Frauen in der Lage sind, in der Politik mitzuwirken. Natürlich sind weder alle Frauen noch alle Männer gleich fähig dazu. Trotzdem kommt heute niemand mehr auf die Idee, den

Wir bringen den Wein in die «Trotte».

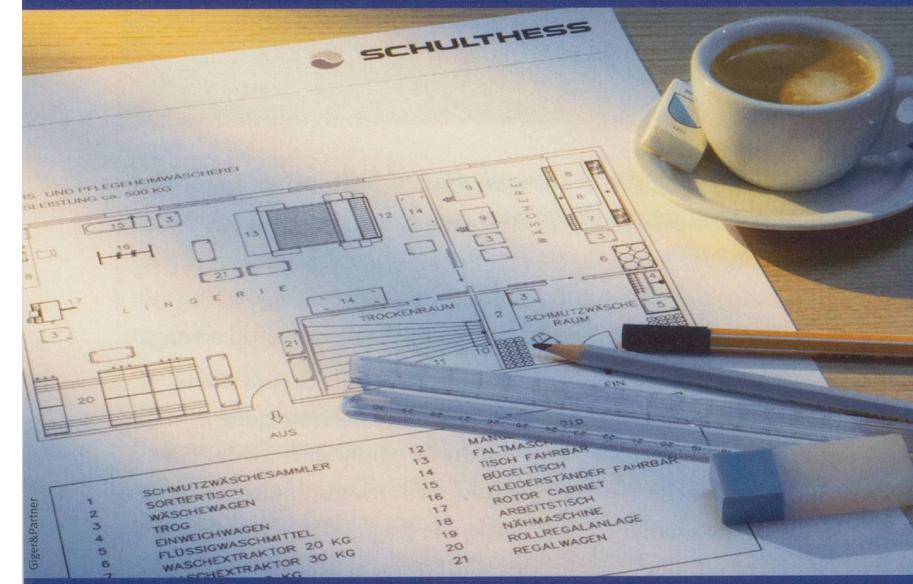


Produkt/Produkt
Thema/Thème
HOWEG
bringt Genuss in die Gastronomie

Selbstverständlich liefern wir Ihnen alle für die Gastronomie wichtigen Nahrungsmittel sowie Fleisch, Tiefkühlprodukte, Wein und Non-Food-Artikel. Sie sagen wann und wohin und wir sind da.

HOWEG, transGourmet Schweiz AG, Rudolf-Diesel-Strasse 25, 8405 Winterthur, Telefon 0848 000 501, www.howeg.ch

Schulthess Gewerbebedarf – Alles für die professionelle Wäschepflege



Schulthess ist der führende Gesamtanbieter von Wäschereiausrüstungen in der Schweiz. Nebst Dienstleistungen wie Wäschereiberechnung (Wirtschaftlichkeitsanalyse) und Wäschereiplanung umfasst unser Sortiment: Waschextraktoren, Gewerbetrockner, Mangeln, Bügelgeräte (Veit) und Transportgeräte. Kontaktieren Sie uns, wir beraten Sie gerne.

Schulthess Maschinen AG
CH-8633 Wolfhausen
Tel. 0844 880 880
Fax 0844 880 890
info@schulthess.ch
www.schulthess.ch



Swiss Made

Bleiben Sie anspruchsvoll



SCHULTHESS

Frauen pauschal dieses Recht abzusprechen. Darf man 95 Prozent der Menschen mit Behinderung Möglichkeiten verschliessen, weil die restlichen fünf Prozent von ihnen sie nicht nutzen können? Wir müssen den umgekehrten Ansatz wählen und davon ausgehen, dass grundsätzlich alle partizipieren können, dass es die Gesellschaft aber bei einigen noch nicht fertig bringt, sie zu integrieren und dieses Manko noch behoben werden muss. Die Frage muss sein, wie es auch den Schwerstbehinderten ermöglicht werden kann, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

■ Sind Sie sicher, dass alle Behinderten den geschützten Rahmen eines Heims verlassen wollen?

Wehrli: Das ist das alte Apartheid-Argument: Die Schwarzen in Südafrika wurden von den Weissen in Bantustans ausgesondert mit dem Vorwand, sie seien so vor der schmerzlichen Erfahrung ihrer Minderwertigkeit und vor den Erniedrigungen durch Weisse geschützt – folglich viel glücklicher «unter ihresgleichen». Heime schützen die Gesellschaft vor den Behinderten, nicht umgekehrt. Wer kann denn wirklich beurteilen, was «die Behinderten» glücklich macht – ausser den Betroffenen selber? Natürlich darf man niemanden dazu zwingen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen – vor allem nicht, nachdem man ihn jahrzehntelang daran gehindert hat, die nötigen Verhalten zu lernen. Aber man kann alles dran setzen, dass jeder, der teilnehmen möchte, es auch tun darf.

■ Das Assistenzbudget eröffnet Menschen mit Behinderung neue Wege. Das Interesse an der Teilnahme war nicht immens.

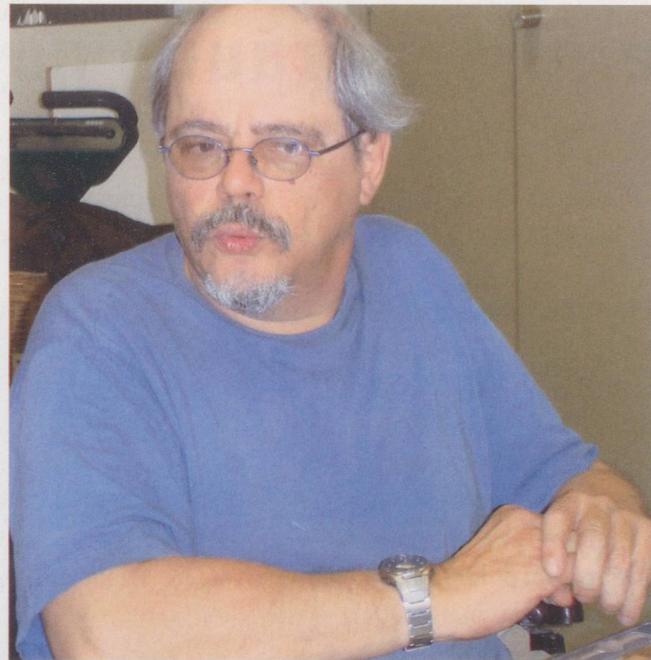
Wehrli: Das Interesse schon, aber der Mut, selber teilzunehmen, ist – wie wir das erwartet haben – noch eher bescheiden. Vor der Einführung des

Frauenstimmrechts lehnte ein Grossteil der Frauen selber dieses noch ab, weil sie fürchteten, eh nichts von Politik zu verstehen. Wenn einem Menschen jahrelang beigebracht wird, dass er minderwertig und unfähig sei, weil er zum Beispiel nicht sieht oder nicht hört, hat er begreiflicherweise Angst vor den Ansprüchen des Lebens. Er kann sich gar nicht vorstellen, wie ein Leben mit persönlicher Assistenz funktionieren könnte. Es braucht Pioniere mit Mut und Fantasie, welche die Vorreiterrolle übernehmen. Sobald es solche Vorbilder und erprobte Modelle gibt, werden auch die weniger abenteuerlustigen Menschen mit Behinderungen einsteigen.

■ Welche gesellschaftliche Situation streben Sie an?

Wehrli: Wir sind überzeugt, dass Heime ausgedient haben. Die Subjektfinanzierung wird zu einer gesunden Konkurrenzsituation führen. So könnten etwa durchaus auch Hotels, welche ja schon einen Grossteil der nötigen Infrastruktur aufweisen, Assistenten für Menschen mit Behinderung anstellen und so dank behinderter Kundschaft eine Grundauslastung sicherstellen. Menschen mit Behinderung können dann wählen, welches Haus ihnen welche Angebote zu welchem Preis offeriert. Damit entstünde eine echte Kundenbeziehung, und Institutionen mit einem guten Angebot hätten

weiterhin eine Chance auf dem Markt. Dass sich mit kundenorientierten Strategien durchaus Geld verdienen



«Heime schützen die Gesellschaft vor den Behinderten, nicht umgekehrt. Wer kann denn wirklich beurteilen, was «die Behinderten» glücklich macht – ausser den Betroffenen selber?»

lässt, zeigt sich heute ja bereits im Altersheimbereich. Allerdings funktioniert dieses System nur, wenn die Subjektfinanzierung die Objektfinanzierung und damit auch Bettelei und Almosengebaren ablöst. Und es muss sichergestellt sein, dass die Leute genug Mittel erhalten, um bezahlen zu können, was sie brauchen. Natürlich befürchte auch ich, dass die Politiker bei dieser Gelegenheit wieder versuchen werden, die Behinderten mit möglichst wenig Geld abzuspeisen.

Zur Person:

Peter Wehrli ist klinischer Psychologe und seit zehn Jahren Geschäftsleiter des von ihm mitgegründeten Zentrums für Selbstbestimmtes Leben (ZSL) Zürich. Der 56-jährige Rollstuhlfahrer lebte 15 Jahre in Israel und kehrte 1987 in die Schweiz zurück. Er ist Vater zweier erwachsener Kinder und lebt in Zürich. Weitere Infos: www.zslschweiz.ch